

Die Arbeiter-Zeitung

Vereinigte Sozialdemokratische Partei für Halle und den Regierungsbezirk Merseburg

Neue Moskauer Parolen.

Zur sächsischen Regierungsfrage.

Von Paul Reul.

Wir haben von je auf dem Standpunkt gestanden, daß die sächsische Regierungsfrage nur formell eine Angelegenheit der sächsischen Parteienorganisation ist, da sie materiell vielmehr das höchste Interesse der gesamten Parteigenossenschaft im Reich verleiht und bedient. Denn nicht nur ist die der sächsischen Regierung bestimmte für die brennendste politische Gegenwartsaufgabe: die Vertreibung des Reiches gegen die von Bayern ausgehende rechtsgerichtete Konterrevolution; sie ist nicht minder Bedeutung, weil sie eine proletarische Zukunftsaufgabe im Kern enthält: die Zusammenführung der heute mehr und mehr sich annähernden Arbeitermassen in den beiden proletarischen Parteien.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend haben wir von Anfang an die Haltung unserer sächsischen Organisationen gebilligt. Sie haben in der Tat, diese Zukunftsaufgabe und jene Gegenwartsaufgabe erkennend, sich auf der Höhe ihrer sozialistischen Pflicht gezeigt, obgleich es doch so nahe lag, zu prophagieren, daß die Kommunisten nun einmal „verlorenen“ Seele seien und daß der Herbe, der vom Moskauer Parteitag ausgeht, und daß die Politik unserer sächsischen Genossen die Gefahr in sich birgt, daß die Kommunisten nur ihre Mitspracherechtung für die sächsischen Dinge mitbringen würden, das hat keiner von uns verkannt.

Eine dieser Gefahrensorgen für die sächsischen Regierung ist jetzt getommen. Steht da von ungefähr — aber, wer weiß, von Moskau her — in der „Roten Fahne“ ein Artikel, in dem gegen die Regierung Zeigner die Beschuldigung in der Stellung gebracht werden. Der Regierung Zeigner, der eben die sächsische Landtagsfraktion der Kommunisten das Vertrauen ausgesprochen hatte, spricht „das politische Bureau der Zentralkomitees“ dieses Vertrauens wieder ab. Und zwar unter anderem mit folgenden Begründungen:

„Denn Zeigner zu seinen Worten in Klantz gehalten, seine Rede im Sächsischen Landtag hätte dem Proletariat klar machen müssen, was das Proletariat gegen den Faschismus, gegen die zentralistische Einheitsregierung, gegen die unehrenhafte Verleumdung des Proletariats zu tun hat und was die sozialdemokratische Regierung in Sachsen, die sich auf die arbeitenden Massen stützt, in Verbindung mit diesen breiten Massen zu tun gedenkt. . . . Mit dem Faschismus kann man nicht diplomatisch umgehen, man muß ihn mit dem Schwerte bekämpfen. Sehen die sächsischen Genossen, daß die Regierung Zeigner, die die Rechte behält, ohne zugunsten, dann werden sie diese Regierung ebenso wenig anerkennen wie die Regierung Cuno.“

Das ist eine wunderbare Begründung. Der Faschismus ist in der Tat eine ungeheure Gefahr für Reich und Arbeiter, wenn es sich nach der Richtung irgendeine Unterlassung aufhalten können ließe. Wir werden aber vorläufig diese Unterlassung nicht zu sehen; wir finden in der ganzen sozialistischen Presse kein Wort des Diplomatenstills mit den Faschisten, ausgenommen die „Rote Fahne“. Die Dynamikselben aus dem Hauptquartier sind doch wohl nicht geführte Faschisten. In dieser selben Nummer nun, in der auf der ersten Seite der „Roten Fahne“ das „politische Bureau“ der Regierung Zeigner den Kopf wagt wegen „Diplomatenstills“ mit dem Faschismus, schreibt auf der dritten Seite die Redaktion der „Roten Fahne“ über die in Mainz verurteilten sieben Mitglieder der Sturmkommission Dittler folgendes:

„Wieder stehen „Wanderer ins Nichts“. . . Wieder stehen Opfer der französischen imperialistischen Räuber, wieder ein großer Mannschwein auf Bolnices friedliche Expedition. . . Die Heben, die da die rücksichtslossten Gewalt des französischen Imperialismus zum Opfer fallen sollen, sind eine fastüberaus sinnlose nicht nur gegen Bolnices, sondern ebenso sehr gegen die deutsche Bourgeoisie, die den christlichen Kampfwillen einzelner Tapferer aus dem bürgerlichen Lager zu ohnmächtigen Bewaffnungszustand verdammt.“

Wenn angesichts solcher Kundgebungen der Regierung Zeigner der Vorwurf gemacht wird, daß sie sich mit dem Faschismus diplomatisch, so kann dieser Vorwurf von Gildt sagen, daß Väterlichkeit in Deutschland nicht tödtet; ihm würde sonst auf der Stelle der Schlag treffen. Den richtigen Hintergrund dieser Angriffe auf das Regime Zeigner erfüllt aber wohl auch der Schlag jenes Artikels in der „Roten Fahne“. Dort heißt es:

„Es ist höchste Zeit, daß sich die Regierung entscheidet. Die arbeitenden Massen erwarten an diesem Punkt, daß eine sozialdemokratische Regierung ein höchst unzulängliches Instrument ist und daß der Kampf gegen die herrschende Klasse nur mit Erfolg auf breiterer Grundlage am Ziele geführt werden kann durch eine Arbeiter- und Bauernregierung.“

Das also ist der Rubel Stern. Hat da Bolnices in der letzten Sitzung der erweiterten Exekutivkommission der Arbeiter- und Bauernregierung ausgesprochen und Klantz geäußert, als die sie erhebe? Hier ist also die Parole das erste mal in der Geschichte der Partei. Nun meinen wir, daß selbst die „revolutionäre Tagesblätter“ nicht verlangen, daß man sich selber zum sinnlosen Kapitän mache, sondern daß man der „revolutionären“ Parole noch immer Sinn und Verstand geben könne. Man braucht kein besonderer Kenner deutscher Verhältnisse zu sein, um zu wissen, daß die Arbeiter- und Bauernregierung gerade für Sachsen ganz wie die Faust aufs Auge. Und so beginnen also die getreuen Fiedelinen in Berlin, ergogen in der Furcht des Herrn,

einen Kampf gegen eine Arbeiterregierung in Sachsen, warum? — nun, weil eben in der Parole auch die Bauern stehen.

Das ist eine Dummelei, aber eben deswegen gefährlich. Und weil es eine Dummelei ist, glauben wir, daß zwei Reden aus ihr zu ziehen sind. Die eine ist: Du nicht allein hat man nicht gemacht. Beschränkt dieser brennenden Fragestellung, die die Chren feil halten auf jede Konsequenz für. Wollen die Kommunisten die sächsische Regierung werfen, um einer falsch verstandenen Moskauer Parole willen, so mögen sie es tun auf ihr Risiko hin!

Die zweite Lehre aber, die zu ziehen ist, scheint uns folgende zu sein. Es ist zweifellos eine Schwäche der sächsischen Regierung, daß sie nur eine parlamentarische Basis hat. Dieser Umstand erlaubt den Kommunisten, ihre parlamentarische Stellung zu gefährden und zu mißbrauchen. Stärker aber als bei irgendeiner anderen Partei wird die Reaktion der Kommunisten hängen von den Willen der arbeitenden Massen. Jeigen Kommunistische Arbeiter, daß sie mit einer Arbeiterregierung nicht spielen lassen, so werden die Kommunisten solche Späße bleiben lassen.

Entscheidungsschwere Tage.

Der Berliner Streik.

Heute Urabstimmung. — Ausbreitung des Streiks.

Berlin, 11. Juli. (RWB.) Während der Verband Berliner Metallindustrie in seiner gestrigen Hauptversammlung der (weiter unten abgedruckt. Neb.) Vereinbarungen zugestimmt hat, hat die Funktionärskonferenz am Montag die Metallarbeiter in abgelehnt, weil ihr die Stundenlöhne als zu niedrig erschienen. Es soll nun heute eine Urabstimmung unter den Metallarbeitern darüber stattfinden, ob die Vereinbarung angenommen oder weiter gestreikt wird.

Zu demselben Zeitpunkt haben die Eisenarbeiter um 10 Uhr morgens und Holzwerker die Metallindustrie gegen den Willen der Streikleitung die Arbeit niedergelegt.

Die Laifade, daß immer weitere Betriebe der durch die „Rote Fahne“ in die Massen geschleuderten Parole folgen, zeigt, daß das Barometer auf Sturm steht. Es erschien auch von vornherein sehr zweifelhaft, ob der Vermittlungsvorschlag von der Funktionärskonferenz angenommen werden würde. Die kommunistische Zentralkomitee insbesondere gegen den Vorbruch des Streiks Sturm, und es kann daher wohl jetzt schon mit ziemlicher Sicherheit gesagt werden, daß das Ergebnis der Urabstimmung auf Fortsetzung und Ausbreitung des Streiks lauten wird. Etwa 140 000 bis 150 000 Metallarbeiter stehen ohnehin schon im Kampf. In allen Klassen des Reichs, ganz besonders aber bei uns in Mitteldeutschland, richtet sich heute das allgemeine Interesse auf den wohl kaum vermeidbaren Miesenkampf der Berliner Metallarbeiter. Kommt es in Berlin zum allgemeinen Streik, dann ist es klar, daß schwere wirtschaftliche Erschütterungen, ja soziale Unruhen, die Folgen sein werden. Im ganzen Reich zeigen sich die Zudrängen, allerorts brechen Zeitstreiks aus. Die Arbeiterchaft ist entschlossen, sich gegen die weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage durch das englische Unternehmertum mit aller Kraft zur Wehre zu setzen.

Entscheidend für den Metallarbeiter heute für den Streik, ist überhaupt das einen Generalstreik in der Metallindustrie, und das wird ohne Zweifel ein verheerend harter Kampf werden. Das Unternehmertum hat, seit die Arbeitsschüler Europas sich die Hände einbringen, ein unheimlich starkes Ansehen gewonnen. Seine Kassen sind gefüllt, und die wachsenden Inflationsergebnisse, die dem Reich hinterzogenen Steuersummen werden jetzt zum Teil von ihm eingestrichelt, um so niedrigerzuliegen und seine wirtschaftliche Macht zu befestigen. Die Gruppe des Proletariats aber, mit der die vereinigten Unternehmer angebunden haben, ist in langwierigen Stürmen erlagen, ist mittlerweile und operativ, nicht mehr in der Kampfbereitschaft der 10 Millionen organisierten Arbeiter in Deutschland. Und neben hat, und neben, deren Entscheidung und Fort wird die 400 000 Handelt nach, während wir am Opfern das höchste zu leisten haben, um den Kampf zu unterbrechen.

Die Urabstimmung gewährt, die bei der ordentlichen Lohnzahlung im der Woche vom 16. bis 22. Juli vornehmend wird. Die Abschlagszahlung beträgt für männliche Arbeiter über 21 Jahre 6000 RM., für männliche Arbeiter von 18 bis 21 Jahren und Arbeiterinnen über 18 Jahre 4500 RM. pro arbeiteten vollen Arbeitstag. Bei kürzerer Arbeitszeit mindern sich diese Summen entsprechend.

8. Für die Zeitdauer der Löhne für den Rest des Monats Juli sind besondere Richtlinien vereinbart.

7. Die Arbeit wird in den betroffenen Betrieben am Donnerstag, dem 12. Juli, mit der ersten Schicht wieder aufgenommen. Dort, wo möglich und erforderlich, Mittwoch, den 11. Juli, abends mit der Nachschicht.

6. Für die Zeitdauer der Löhne für den Rest des Monats Juli sind besondere Richtlinien vereinbart.

Diese Vereinbarung wurde wie folgt ergänzt: Die im Protokoll vom 9. Juli 1923 für die Woche vom 9. bis 15. Juli vereinbarten Löhne gelten als den Preisen entsprechend, die am Dienstag, dem 10. Juli, gemeinsam von dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Verband Berliner Metallindustrie festgelegt worden sind. Am Dienstag, dem 17. Juli, findet in gleicher Weise eine erneute Preisfeststellung statt. Diese Preisfeststellung dient als Unterlage für die Festsetzung der Löhne vom 16. bis 22. Juli, die in gemeinsamer Verhandlung erfolgen soll. Für den Rest des Monats Juli soll in gleicher Weise verfahren werden, wobei ohne Vorbehalt für die Zukunft jedenfalls für den Monat Juli eine Lohnherabsetzung ausgeschlossen bleibt.

In der Funktionärskonferenz wurde diese Vereinbarung, die oben bereits mitgeteilt, abgelehnt, obwohl sich der Verbandsvorsitzende, Genosse Robert Dornan, für die Zustimmung zum Vergleich erachtet hatte. Der „Bismarck“ behauptet diesen Beschluß, weil er den Einigungsantrag für annehmbar hält und es ihm sehr fraglich erscheint, ob nach allen bisherigen Verhandlungen bei weiterer Streikdauer wesentlich mehr an günstigeren Lohnbedingungen herauszufallen ist. Die Kommunisten bestimmen den Vergleich nicht aus sachlichen, sondern aus parteipolitischen Gründen. Auf einen Sieg hält kein Baum und ein einmaliger Vorstoß reicht kaum aus, um das Problem werkschließender Löhne vollständig zu lösen. Ein Anfang wird mit diesem Vergleich gemacht.“

Die Werbeständigkeitsklausel.

Berlin, 11. Juli. (RWB.) Der Berliner Einzelhandel hat in einem gestern abgeschlossenen neuen Tarifvertrag als erster die Werbeständigkeit (Werbeklausel, Art. 2.) des Arbeitsvertrages angenommen. Das Arbeitsverkommen wird in ein festes Grundgehalt und einen zweifachen Entwertungsfaktor eingeteilt, der für die erste Julimonate auf 50 v. H. festgelegt ist. Für die weiteren Gehaltsaufschläge im Juli soll der Dolar und das Weltgoldgewicht als Maßstab dienen, für August dagegen der reformierte amtliche Lebensmittelpreis der Entwertungsfaktor auszubereiten werden.

Auch bei den Einigungsverhandlungen in der Metallindustrie, die gestern unter Vorsitz des Reichsarbeitsministeriums stattfanden, wurde ein beweglicher Lohnzuschlag vorgesehen.

Diplomaten-Geplänkel.

Eine Erklärung Balfours über die künftige Politik Englands. Poincaré's Stellung auf den Zusammenbruch des Ruhrvertrages.

London, 11. Juli. (W. Draht.) Am Donnerstag wird der englische Ministerpräsident in Antwerpen über die innen- und außenpolitische Lage eine Regierungserklärung abgeben. Der Sinn dieser Erklärung ist die künftige Politik Englands, die auf eine Erleichterung der eigenen Interessen in Europa hinausläuft, zu begründen, ohne daß die Interessen der englisch-französischen Bündnispartner gefährdet würde. Schon am Freitag beabsichtigt Balfour zu antworten. Er wird wahrscheinlich in der Erklärung auf einen schmalen Zusammenbruch des passiven Widerstandes, den zu vermeiden die Reichsregierung bisher wenig getan hat, die englischen Maßnahmen, so die Entwertung einer Arbeitslosenunterstützung, die Bepflanzung des Ruhrgebietes usw., vor dem Hintergrund ablesen. Gleichzeitig ist ein noch weitläufiger, freier Druck auf das Ruhrgebiet zu erwarten, um so den Auswirkungen der englischen Politik mit moralischen Mitteln vorzuzugreifen zu begreifen. Auch in Paris herrscht Klarheit darüber, daß die Ausdauer der maßgebenden Faktoren in den letzten Wertstunden des Entscheidungskampfes ist.

Die Einigungsvoorläge.

Die am Montag von den beteiligten Parteien im Berliner Metallarbeiterkreis getroffene Vereinbarung hat folgenden Wortlaut:

1. Für die Zeit vom 9. bis 16. Juli einschließlich wird der Höchstlöhnenlohn für männliche Arbeiter über 21 Jahre in der Höhe 1 auf 12 500 RM. und für die Woche vom 9. bis 15. Juli auf 6000 RM. festgelegt. Die Löhne der übrigen Gruppen und Klassen werden um den gleichen Prozentsatz erhöht.
2. Die Arbeiter erhalten feste Stundenzuschläge, entsprechend der Erhöhung der Stundenlöhne der gleichen Klasse. 3. Mit Wirkung vom 16. Juli 1923 werden die Löhne auf Grund neuer Nacharbeiten in bisher üblicher Weise umgerechnet.
4. Für beide Wochen beträgt die Frauenauszahlung 250 RM., die Kinderzulage für jedes Kind 500 RM. pro Stunde.
5. Dort, wo insolge des Streiks Entlassene bereits abgelehnt worden sind, erhalten diese nur die Differenz zwischen dem hier neuem Lohn und dem gegebenen Lohn nachgeholt. Soweit im übrigen der gleiche Vorbehalt auf 1000 bzw. 500 RM. abgezogen ist, verbleibt es dabei.
6. Auf den in der Woche vom 9. bis 15. Juli verbienten Lohn wird am Montag, dem 18. Juli, und wo dies aus betrieblichen Gründen nicht möglich ist, am Dienstag, dem 17. Juli, eine Ab-

